

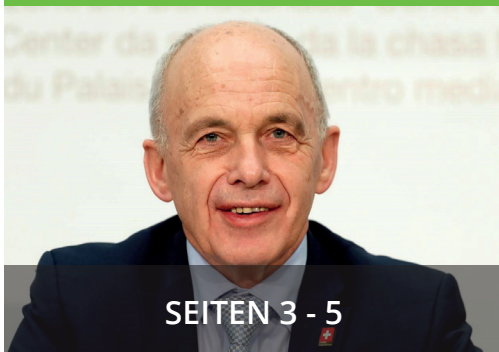
SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Juli 2019



*Bundespräsident Ueli Maurer
und andere Stimmen zum
1. August: "Wir dürfen stolz
sein auf unser Land."*



SEITEN 3 - 5

*Deshalb braucht es die
Begrenzungsinitiative: die
unkontrollierte Zuwanderung
schadet der Schweiz.*



SEITEN 8 - 9

*Der Fall Pilatus:
Bundesbern zerstört
Schweizer Arbeitsplätze*



SEITE 15



**Die SVP Schweiz wünscht allen einen
schönen 1. August**



Die SVP in den Schweizer Medien

SVP-Politikerin Verena Herzog im BLICK-Interview über ihren umstrittenen Krippen-Vergleich

«Der Staat soll seine Finger von den Kindern lassen!»



Job & Familie: Magdalena Martullo-Blocher lebt linkes Vorbild



Magdalena Martullo-Blocher im grossen BLICK-Interview

«Alles, was die Linken fordern, lebe ich schon lange»

Sermin Faki 22:53 Uhr 17.06.2019 09:12 Uhr 18.06.2019



Magdalena Martullo-Blocher ist eine Ausnahmeerscheinung

SCHWEIZER ILLUSTRIERTE People Style Family Body&Health

Adrian Amstutz entdeckt mit seinen Enkeln die Natur

Nach 16 Jahren im Nationalrat hört das Schwergewicht der SVP, Adrian Amstutz, auf. Hoch über seiner Heimat am Thunersee beweist Atzi seinen Enkeln auf einem Ausflug, dass man im Leben stets eine Brücke findet – auch wenn diese mal schlingert und durchhängt. Episode 7: Von Interlaken nach Spiez.



«Genes eigentlich noch, Atzi, bei der Hitze trägt man doch kein langes Hemd! Lyo schlägt theatralisch die Hände über dem Kopf zusammen. Atzi, mit bürgerlichem Namen Adrian Amstutz, 65, schmunzelt und nimmt seinen Rucksack-Melke. Ein Amstutz hat (Kleider-)Sel – überall. Er weiss, dass das Kurzarmhemd gemeinhin als Mantel des Bürospiesers verstanden wird. Nun – Lyo kann noch einiges lernen von seinem Atzi.

Widerstand ist heute nötiger denn je



Bald ist der 1. August und wir feiern den Geburtstag der Schweiz. Dann dürfen wir ruhig etwas Stolz und Dankbarkeit zeigen, zumal es viele Gründe dafür gibt.

Dankbar sollen wir für das sein, was unsere Ahnen erschaffen haben. Sie haben hart gearbeitet und geschickt gelenkt und damit die Grundsteine dafür gelegt, dass spätere Generationen frei, selbstbestimmt und in Wohlstand leben können. Sie haben – dank der demokratischen Mitbestimmung der Bevölkerung – den Staat gebaut, unter dessen Schutz wir heute frei und sicher leben.

Stolz können wir darauf sein, dass wir uns nicht auf diesen Lorbeeren ausruhen, oder das Erbe verpassen. Nein, wir krepeln jeden Tag die Ärmel hoch und arbeiten, um das Erreichte für die nächsten Generationen zu bewahren und auszubauen. Stolz können wir auch darauf sein, dass wir allen Verlockungen und Drohungen zum Trotz noch immer unabhängig sind. Dies ist einer der grossen Verdienste der SVP.

Während des Zweiten Weltkrieges war die Gefahr real, alles zu

verlieren. Die Schweiz war von den Achsenmächten eingeschlossen, ein Angriff war nicht ausgeschlossen. Betrachtet man die Radioansprache, die der damalige Aussenminister und Bundespräsident Marcel Pilet-Golaz im Juni 1940 hielt, dann hat man den Eindruck der Bundesrat habe innerlich kapituliert. Möglicherweise gäbe es die Schweiz, wie wir sie kennen und lieben nicht, wenn General Guisan am 25. Juli 1940 am Rütli-Rapport nicht den Widerstandsgeist der Schweizer geweckt hätte.

Die SVP leistet als einzige Kraft Widerstand

Auch heute sind die direkte Demokratie, die Werte und der Wohlstand der Schweiz gefährdet. Natürlich ist der Druck auf den Bundesrat nicht derselbe wie während des Krieges. Umso unverständlicher ist daher sein zögerliches Handeln, seine Bereitschaft, sich einer fremden Macht zu ergeben. Deshalb ist heute wie vor 79 Jahren, wenn auch unter ganz anderen Vorzeichen, Widerstand nötig. Die SVP ist als einzige Kraft bereit, diese Herausforderung anzunehmen. Helfen Sie mit, damit dies nicht der letzte Geburtstag der Schweiz in Freiheit, Wohlstand und Sicherheit ist.

Albert Rösti

**Nationalrat Albert Rösti
Präsident der SVP Schweiz**



**Besuchen Sie eine Ansprache
unserer SVP-Parlamentarier
am 31. Juli oder 1. August in Ihrer
Region: www.svp.ch/1-august/**



«Am Geburtstag der Schweiz dürfen wir schon etwas Stolz auf unser Land zeigen»

Bundespräsident Ueli Maurer mag es zum 1. August patriotisch: Zum Geburtstag der Schweiz dürften die sonst bescheidenen Schweizer ruhig etwas Stolz auf ihr Land zeigen. Die Schweiz sei ein wunderbares, wohlhabendes und gut funktionierendes Land, das so der nächsten Generation übergeben werden müsse.



Bundespräsident Ueli Maurer hat viele schöne 1. August-Feiern erlebt: «Am schönsten ist es, wenn man die Begeisterung der Leute spürt.»

bescheidenen Schweizer etwas Stolz auf unser Land zeigen. Ich mag es darum, wenn an der Feier eine richtig schöne patriotische Stimmung herrscht: Dazu gehört, dass man zusammen den Schweizerpsalm singt, dass irgendwo ein paar Schweizer Fahnen wehen. Am Abend ist es toll, wenn ein Funke angezündet wird. Und natürlich gehört dazu, dass man mit guten, aufgestellten Leuten zusammen ist. Aber das ergibt sich ja meist von selbst; ich habe ganz verschiedene 1. August-Feiern in Erinnerung, an denen sich ganz spontan eine lustige Runde bildete und ich viel länger sitzen blieb, als geplant.

Gibt es einen Cervelat für Sie am 1. August 2019?

Nur einen?

Schönster 1. August im Leben war...

Ich habe schon viele schöne 1. August-Feiern erlebt, aber die schönste ist immer die aktuelle – wenn man irgendwo in der Schweiz in die Festatmosphäre eintauchen kann, die Begeisterung der Leute spürt, die alles mit viel freiwilliger Arbeit auf die Beine stellen, wenn man mit den Bürgerinnen und Bürgern plaudern kann, wenn alle, die da zusammenkommen fröhlich und zufrieden und auch dankbar sind, dass wir in einem so grossartigen Land leben dürfen. Ich freue mich drauf!

Was bedeutet Heimat für Sie?

In der Schweiz fühle ich mich Zuhause. Ganz besonders fällt es mir jeweils auf, wenn ich aus dem Ausland zurückkomme. Auch wenn es dort noch so schön und noch so interessant war, zurück in der Schweiz denke ich dann jedes Mal: Jetzt bin ich wieder daheim, hier gehöre ich hin. Ich glaube, jeder Mensch braucht einen solchen Ort, wo er einfach selbstverständlich dazugehört. Und je unbeständiger und hektischer unser modernes Leben wird, desto wichtiger wird es, dass wir eine Heimat haben – auch als Gegenpol zu einer globalisierten Welt.

Was geben Sie den Schweizerinnen und Schweizern auf

den Weg für diesen 1. August?

Wir leben in einem wunderbaren, wohlhabenden, gut funktionierenden Land. Dass das so ist, haben wir zu einem grossen Teil den Generationen vor uns zu verdanken, von denen wir unsere freiheitliche Ordnung übernehmen durften. Damit ist auch eine grosse Verantwortung verbunden. Denn mit einem Erbe kann man zweierlei tun: Man kann es verprassen, oder man es bewahren und weitergeben. Ich hoffe, dass wir die Kraft und die Weitsicht aufbringen, unsere schöne Schweiz als freies Land der nächsten Generation zu übergeben.

Wie feiern Sie am liebsten?

Der 1. August ist der Geburtstag der Schweiz. Da dürfen auch wir



«Nur wer die Welt gesehen hat, weiss wie schön und stark du bist, wunderbare Schweiz. Darum wünsche ich dir noch viele Jahre voller Stabilität, Sicherheit und Verlässlichkeit. Einen schönen Geburtstag, Helvetia.»

*Gianna Hablützel-Bürki,
National- und Ständeratskandidatin (BS)*



«Für mich ist Heimat dort, wo meine Familie lebt, wo wir uns sicher, geborgen und verstanden fühlen, wo unsere Werte gelebt werden. Am 1. August sollten wir uns daran erinnern, was die Schweiz erfolgreich gemacht hat. Daran, vor allem an der einzigartigen direkten Demokratie, gilt es festzuhalten.»

*Fabien Widmer, Nationalratskandidat
Junge SVP (BE)*



«Heimat ist für mich, was unsere Eltern uns Kindern sorgsam mit auf den Lebensweg gaben: Liebe und Dankbarkeit gegenüber unserem Vaterland und gegenüber unseren geschichtlichen und kulturellen Wurzeln. Offen und respektvoll auf Neues zugehen.»

Monika Rügger, Nationalratskandidatin (OW)



«Heimat von unseren Vorfahren mit Leidenschaft und Herzblut erschaffen, ist sie ein unbezahlbares Gut, das unseren Respekt verdient. Sie gibt Geborgenheit und Sicherheit. Ihr müssen wir Sorge tragen.»

Therese Schläpfer, Nationalrätin (ZH)



«Heimat ist für mich da, wo ich zu Hause bin und immer wieder gerne zurückkehre. Heimat bedeutet für mich Identifikation mit der Kultur, den Traditionen und Werten, aber auch Sicherheit und Stabilität.»

Felix Müri, Nationalrat (LU)



«Ich hoffe, dass am Nationalfeiertag all jene zur Einsicht kommen, die mit dem institutionellen Rahmenabkommen unsere Unabhängigkeit und unsere einzigartige Volksdemokratie aufzugeben bereit sind.»

*Hansjörg Knecht, Nationalrat und
Ständeratskandidat (AG)*



«Freiheit, Sicherheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung standen schon am Anfang der Eidgenossenschaft. Dank diesem Fundament können wir heute in Frieden und Wohlstand leben. Tragen wir Sorge dazu!»

Verena Herzog, Nationalrätin (TG)



«Nicht nur am 1. August bin ich stolz auf meine Heimat, meine Wurzeln, unsere Freiheit. Tragen wir mit einem gesunden Selbstbewusstsein Sorge dazu.»

Ruedi Eberle, Nationalratskandidat (AI)

«Wie reich muss man eigentlich sein, um links-grün wählen zu können?»

Immer neue Abgaben und Steuern lassen den Bürger finanziell ausbluten. In ihrem neuen Positionspapier «Stopp dem links-grünen Raubzug auf den Mittelstand» rechnet die SVP vor, was die Politik von SP-Chef Christian Levrat und Konsorten für das Portemonnaie der Bürgerinnen und Bürger bedeutet.



Die SVP sagt der unsozialen Politik von SP und Grünen den Kampf an: Nationalrat Michael Buffat (VD), Parteipräsident Albert Rösti (BE), Fraktionspräsident Thomas Aeschi (ZG) und Nationalrätin Diana Gutjahr (TG), v.l.).

Die Linken wollen nur eines: Geld, Geld und nochmals Geld. Sie bedienen sich schamlos am Portemonnaie der Bürgerinnen und Bürger. Vorstösse der SP und der Grünen zielen vor allem darauf ab, den Menschen ihr hart verdientes Geld wegzunehmen und dieses umzuverteilen. Weil es gerade angesagt ist, holen SP und Grüne das Geld aktuell mit Öko-Themen. Diese Öko-Politik kann einen Familienhaushalt schnell einmal über 20'000 Franken pro Jahr kosten. «Wie reich muss man eigentlich sein, um links-grün wählen zu können?», fragte daher SVP-Präsident Albert Rösti Ende Juni als die SVP das Positionspapier den

Medien vorstellte. Diese links-grüne Politik sei zutiefst unsozial und verantwortungslos: «Sie trifft vor allem die kleineren Einkommen und den Mittelstand – junge Menschen in Ausbildung, Familien, Pendler und Mieter. All jene, die jeden Morgen aufstehen, die Ärmel hochkrempeln und hart arbeiten.»

Linken Kreisen reicht nicht, was der Staat heute schon an Steuern, Abgaben und Gebühren erhebt. Nein, wie die jüngsten Beispiele im Schlepptau der «Klimadebatte» zeigen, geht es vor allem auch um die bisherigen, bereits bekannten, krassen Forderungen: Die generelle Erhöhung der Bun-

des-, Kantons- und Gemeindesteuern.

Für den normalen Bürger werden die Energiekosten bald unbezahlbar

Der Klima-Moment wird insbesondere dahingehend schamlos ausgenutzt, um zum Beispiel die Erhöhung der Benzinpreise um 20 Rappen pro Liter zu verlangen, was schnell einmal bis zu 450 Franken für einen Familienhaushalt ausmachen kann. Selbstverständlich wird damit die für praktisch alle notwendige Mobilität nicht genug ins Visier genommen: Grüne Kreise liebäugeln mit einer Strassenmaut, von rund 1000 Franken pro ge-

fahrenen 10'000 Kilometern und darüber hinaus soll nach Wunsch von Aline Trede und Sibel Arslan der Pendlerabzug nur noch jenen Automobilisten gewährt werden, «die für den Arbeitsweg ein Fahrzeug mit einer Netto-Null-CO₂-Emission benützen».

Die linken Forderungen wären auch für das Gewerbe schädlich, wie Unternehmerin und SVP-Nationalrätin Diana Gutjahr erklärt: «Höhere Benzinpreise oder die Einführung des Road Pricing würden für unseren Familienbetrieb jährliche Mehrkosten von über 60'000 Franken bedeuten. Das können wir uns am Wirtschaftsstandort Schweiz nicht leisten, deshalb muss man sich gegen linke Politik wehren.»

Nach der Mobilität wird selbstverständlich nicht Halt gemacht. Unterdessen ist eine weitere CO₂-Strafe für Heizöl vorgesehen, für die Zukunft ein generelles Verbot von Ölheizungen angedacht sowie eine «Dreckstromabgabe» für Atomstrom.

Damit werden in der Folge krasse Energiepreise für die Bürger in Kauf genommen. Aber damit noch nicht genug... das sind nur einige Beispiele wie man in Zukunft total geschröpft werden soll.

Links-grüne wollen die Kinderabzüge abschaffen

Das ist nur ein kleiner Auszug der ganzen Kostenfolgen die im Köcher von Linksgrün bereit zum Abschuss gelagert werden. Und, man glaubt es kaum, die Linksgrünen wollen keine

Kinderabzüge mehr in der Steuererklärung, obwohl diese Abzüge die Haushalte direkt entlasten. Als Ersatz soll eine sogenannte Kindergutschrift dienen, was gut



klingt bedeutet aber wieder einmal nur, dass zuerst Gelder über die Steuern eingezogen werden und dann mit neuer Bürokratie neu umverteilt werden. «Besonders perfid ist die Streichung von Steuerabzugsmöglichkeiten beispielsweise für Kinder, fürs Pendeln oder für ökologische Sanierungen», sagt SVP-Fraktionspräsident Thomas Aeschi. Auch damit bestrafen die Linksgrünen insbesondere Familien, Angestellte, Sparer und Wohneigentümer. «Also die arbeitende Bevölkerung, die Eigenverantwortung übernimmt», so Aeschi.

Weiter lehnen SP, Grüne und Grünliberale die Volksinitiative «für Ehe und Familie – gegen Heiratsstrafe» im Nationalrat geschlossen ab. Damit werden 450'000 Paare in der Schweiz steuerlich benachteiligt – nur weil diese verheiratet sind. Linksgrün will also, dass Paare nach der Hochzeit 1260 Franken mehr bezahlen müssen, angeblich, weil ansonsten ein «rückständiges Gesellschaftsbild» gefestigt würde und mit «Milliardenausfällen in der Bundeskasse» zu rechnen sei.

In Kauf genommen wird durch die SP- Politik der Unterwerfung unter die EU auch eine Mehrwertsteuererhöhung auf mindestens 15 Prozent. Betroffen wären einmal mehr vor allem die tiefen Einkommen und der Mittelstand. Generell ist zudem festzustellen, dass sich der Staat stetig aufbläht. Seit 1990 haben sich die Ausgaben des Bundes mehr als verdoppelt. «Es ist Zeit, die Linke daran zu erinnern, dass jeder ausgegebene Franken zuerst verdient sein muss», sagt SVP-Nationalrat Michael Buffat. «Die Ausgaben des Bundes sind jährlich im Durchschnitt um 3 Prozent gestiegen und wachsen damit schneller als die Wirtschaft.»

Weiterhin ungebremste Ausgaben zur Deckung der Sozialkosten, für «Entwicklung» im Ausland und für noch mehr Staatswachstum

Mit den beabsichtigten Mehreinnahmen soll die weiterführende linksgrüne Politik finanziert werden: Grundeinkommen für alle – auch für abgewiesene Flüchtlinge –, noch mehr Milliarden an «Entwicklungshilfe» für das Ausland, die Deckung von noch mehr Sozialkosten und Subventionen aufgrund einer fehlgeleiteten Migrationspolitik.

Überhaupt, wer meint, der Staat müsse immer mehr Geld einnehmen und ausgeben, der soll SP und Grüne wählen.

Lesen Sie das ganze Positionspapier «Stopp dem links-grünen Raubzug auf den Mittelstand» auf: svp.ch/partei/positionen/positionspapiere/ (unter der Rubrik Umwelt)

Zuwanderung steuern – frei und unabhängig bleiben

Über kaum ein Thema wird so unsachlich diskutiert wie über die Zuwanderung. Dabei ist klar: Eine unkontrollierte Zuwanderung führt zu kulturellen Umwälzungen, zu Sicherheitsproblemen, strapaziert die Sozialwerke und zwingt zum massiven Ausbau der Infrastrukturen. Die Selektion der Einwanderer ist für die Wirtschaft von hohem Interesse. Umso unverständlicher ist es, dass die Wirtschaftsverbände jede effektive Regulierung ablehnen.



Um die Bedürfnisse der Wirtschaft zu befriedigen brauchen wir kein Personenfreizügigkeitsabkommen, sondern eine eigenständige Steuerung der Migration.

Seit Jahrzehnten ist die Schweiz ein beliebtes Zielland für Migranten unterschiedlichster Herkunft. Spätestens mit der Einführung der freien Personenfreizügigkeit (FZA) im Jahr 2007 und den Migrationsströmen der vergangenen Jahre wurde die Situation zusehends unkontrollierbar. Man hat das Gefühl, in den vergangenen 20 Jahren seien alle Dämme gebrochen.

Seit Einführung der Personenfreizügigkeit sind netto über 1.1 Millionen Zuwanderer in die Schweiz gekommen – in der Hoffnung auf Wohlstand oder Arbeit.

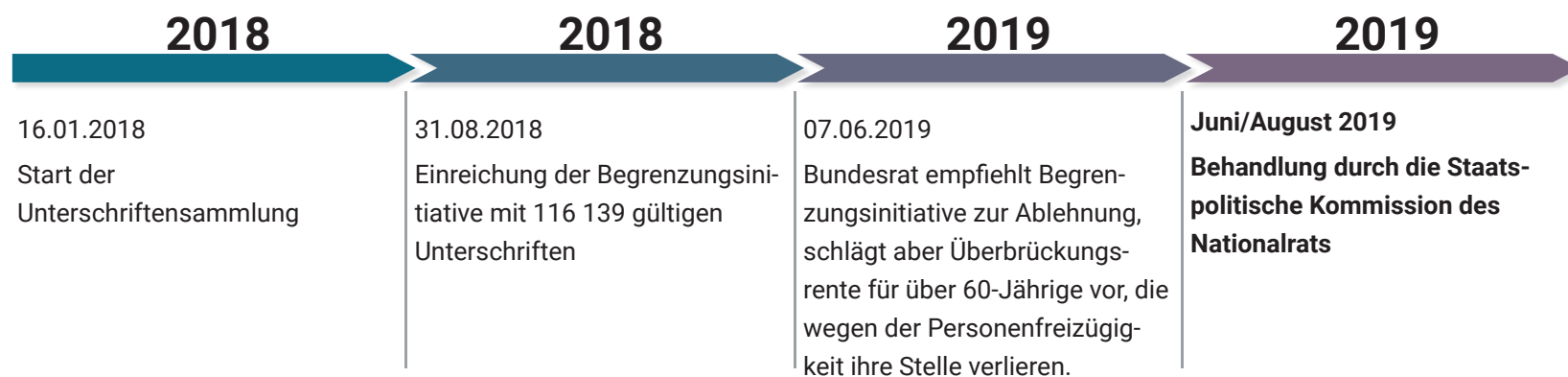
Überbordende Zuwanderung

Hauptgrund dafür ist das Freizügigkeitsabkommen (FZA). Dieses verspricht EU-Bürgern quasi eine Reise-

und Niederlassungsfreiheit in ganz Europa. Mit dem FZA sagt nicht die Wirtschaft, welche Fachkräfte sie braucht, sondern der Migrant selber entscheidet, wo er leben möchte. Es kann kommen, wer will.

Genau dies spüren nun die Unternehmen. Eine Studie der Zürcher Verwaltung zeigte kürzlich auf, dass vier von fünf Zuzüglern nicht in einem

«Fahrplan» für die Begrenzungsinitiative



Beruf mit Fachkräftemangel arbeiten. Das heisst: Die Unternehmen benötigten eigentlich nur jeden fünften Einwanderer aufgrund Fachkräftemangels. Bei Grenzgängern liegt dieser Wert noch tiefer – dort ist nur jeder Sechste ein Spezialist. Fazit: Es ziehen immer mehr Ausländer in die Schweiz, für welche seitens der Wirtschaft kein Bedürfnis besteht, welche aber die hiesige Infrastruktur in Anspruch nehmen und Kosten auslösen.

Unseriöse Behauptungen des Bundesrats

Um die Bedürfnisse der Wirtschaft zu befriedigen, brauchen wir also kein Freizügigkeitsabkommen, sondern die eigenständige Steuerung der Zuwanderung. Wir müssen jene Arbeitskräfte holen, die wir benötigen. Naiv und falsch sind die Behauptun-

gen des Bundesrats: Das FZA erlaube es den Unternehmen, rasch und unkompliziert Fachkräfte im EU-Raum zu rekrutieren. Zudem habe man beim Versuch, die Masseneinwanderungsinitiative umzusetzen, gesehen, dass die EU nicht auf Verhandlungen eingestiegen wolle. Bei der Masseneinwanderungsinitiative hat der Bundesrat zudem schlicht die falschen Personen nach Brüssel geschickt – sie wollten gar nicht verhandeln, weil sie die Initiative selber abgelehnt hatten. Dies will die Begrenzungsinitiative korrigieren, welche vorsieht, das FZA ausser Kraft zu setzen.

Begrenzungsinitiative hilft

Unser Standort zeichnet sich aus durch politische Stabilität, Rechtssicherheit, eine moderate Steuerbelastung und eine liberale Rechts- und Verfas-

sungsordnung. All dies gefährdet die enorme Zuwanderung akut. Das FZA erlaubt keine Selektion der Besten oder die Bedürfnisse von Wirtschaft und Gewerbe angemessen zu berücksichtigen. Hinzu kommt die ungebremszte Zuwanderung aus Regionen, welche uns kulturell fremd sind und über ein schlechtes Bildungsniveau verfügen. Man wird den Eindruck nicht los, die schweizerische Einwanderungspolitik funktioniere nach dem Grundsatz der Negativselektion. Eine erschreckende Erkenntnis.

Von Nationalrat
Gregor Rutz
Zürich (ZH)



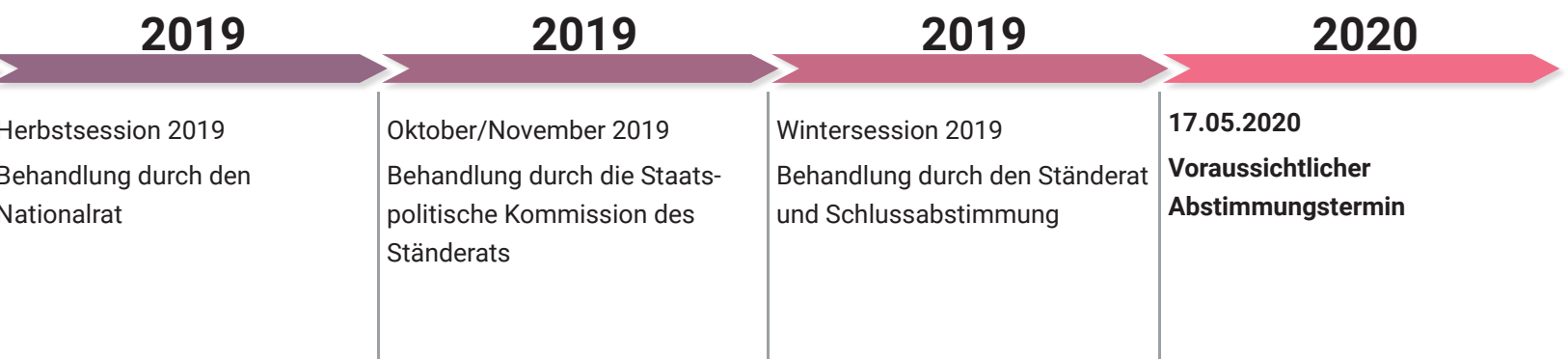
«60 – 80'000 Personen wandern Jahr für Jahr in die Schweiz ein. Die Begrenzungsinitiative ist ein Schritt, den wir zwingend brauchen, um endlich die Zuwanderung wieder selber regeln zu können. Der Arbeitsmarkt, die Strassen, der ÖV, die Schulen und auch die Landschaft ächzen unter den Zahlen der Zuwanderung. Ein erfolgreiches Land regelt die Zuwanderung selber. Ja zum Bilateralen Weg – Nein zur Personenfreizügigkeit.»

Nationalratskandidat Donat Kuratli, 41, verheiratet, Forstwart, St. Gallen (SG)



«Die Begrenzungsinitiative braucht es, damit wir wieder selbst entscheiden, welche Arbeitskräfte wir aufgrund unserer wirtschaftlichen Bedürfnisse in unser Land einwandern lassen. Dies ist zum Schutz unserer ArbeitnehmerInnen, die zunehmend durch billige Arbeitskräfte aus dem Ausland ersetzt werden, notwendig. Weiter kann durch die gezielte Steuerung der Zuwanderung - anhand der Bedürfnisse der Schweiz - die Ausbeutung unserer Sozialsysteme verhindert werden.»

Nationalratskandidatin Désirée Stutz, 38, ledig, Rechtsanwältin und Dozentin, Möhlin (AG)



Delegierte leisten Widerstand gegen die verantwortungslose Umverteilung der Linken

Die Delegierten der SVP Schweiz haben sich Ende Juni in Orbe (VD) getroffen. Dabei haben sie dem Raubzug der Linken auf das Portemonnaie des Mittelstandes den Kampf angesagt und einstimmig ein Manifest verabschiedet zur Bekämpfung der verantwortungslosen Umverteilung und Gleichmacherei der Linken und deren Mitläufer.

Hier das Manifest im Wortlaut:



„Manifest vom 29. Juni 2019 für eine intelligente bürgerliche Öko-Politik“

Die Linken wollen nur eines: Geld, Geld und nochmals Geld. Sie wollen das Geld jenen wegnehmen, die arbeiten und etwas leisten. Dieser Verknachtung durch staatliche Bevormundung, Umerziehung und den Raubzug auf das Portemonnaie der Bürgerinnen und Bürger sagen wir den Kampf an. Deshalb:

- wer nicht 20 Rappen mehr pro Liter Benzin bezahlen will, wählt SVP;
- wer Familien und Pendler nicht mit zusätzlichen 2'000 Franken Strassenabgaben pro Jahr belasten will, wählt SVP;
- wer den Haushalten keine sogenannte «Dreckstromabgabe» (Stromabgaben auf Atom- und Kohlekraftwerken) von zusätzlich 495 Franken pro Jahr aufbürden will, wählt SVP;
- wer fürs Heizen nicht über 1'500 Franken/Jahr tiefer ins Portemonnaie greifen will, wählt SVP;
- wer nicht 2'616 Franken/Jahr für einen Solarstrom-Zwang ausgeben will, wählt SVP;
- wer auch künftig mit Steuerabzügen Haushalte entlasten will, wählt SVP;
- wer die Verdoppelung der Mehrwertsteuer von heute 7.7% auf 15% (Mindestsatz der EU) verhindern will, wählt SVP;
- wer keine Verdoppelung der Flugticket-Preise will, wählt SVP;
- wer Ölheizungen nicht verbieten und damit höhere Mieten verhindern will, wählt SVP;
- wer jährlich nicht bis zu 2'500 Franken mehr für Öko-Vorschriften ausgeben will (oder kann!), wählt SVP;
- wer keine nationale Erbschaftssteuer will, wählt SVP;
- wer den Steuerwettbewerb und deshalb eine tiefere Steuerbelastung erhalten will, wählt SVP;
- wer die Schuldenbremse zugunsten künftiger Generationen erhalten will, wählt SVP;
- wer die direkte Demokratie nicht gegen europäisches Diktat austauschen will, wählt SVP;
- wer weniger Milliarden ins Ausland bezahlen will, wählt SVP;
- wer nicht einverstanden ist, dass ein junger Asylmigrant im Monat mehr kostet als ein AHV-Rentner erhält, wählt SVP;
- wer renitenten Asylbewerbern nicht gleich viel Sozialhilfe geben will wie einem 60-jährigen Schweizer, der sein Leben lang gearbeitet hat, wählt SVP;
- wer will, dass sich Arbeit mehr lohnt als Sozialhilfe zu beziehen, wählt SVP;
- wer abgelehnten und straffälligen Asylbewerbern keine Sozialhilfe bezahlen will, wählt SVP;
- wer die Zuwanderung in den Schweizer Sozialstaat steuern und bremsen will, wählt SVP;
- wer weniger Vorschriften, Steuern, Abgaben und Gebühren will, wählt SVP.



Bei bester Laune: Nationalrat Michael Buffat (VD) scherzt mit DV-Teilnehmern.



Insgesamt 300 Delegierte und Gäste trafen sich bei prächtigem Sommerwetter im Zelt auf der Esplanade des Schlosses Orbe.



Parteipräsident Albert Rösti begrüßte die jungen Waadtländer Nationalratskandidaten.



Bundespräsident Ueli Maurer (vorne) und Wirtschaftsminister Guy Parmelin beim Gedankenaustausch.



Für das musikalische Rahmenprogramm sorgte unter anderen Formationen auch das Ensemble de Cuivres de Froideville.



Nationalrätin Céline Amaudruz zeigte in ihrer Rede auf, wie die rot-grüne Einwanderungspolitik die Schweiz ruiniert.



An den Ständen lokaler Produzenten konnten die DV-Besucher Bier und Weine aus der Region degustieren.



Alphornbläser sorgten für patriotische Klänge.



Nationalrat Jean-Luc Addor (VS) im Gespräch mit den Walliser Kolleginnen und Kollegen.



Präsident Albert Rösti rief zum Widerstand gegen den EU-Vertrag auf.



Applaus für die jungen Kandidaten: Generalsekretär Emanuel Waeber und Bundespräsident Ueli Maurer.

Inserat

Internet Flex Home

Ihr individuelles Abo für Zuhause

Internet mit optionaler Telefonie und TV
Ab CHF 35.– pro Monat



PCtipp 12/2018
EMPFEHLUNG
INTERNET FLEX HOME

0844 842 842
Hotline Montag–Freitag, 8–17.30 Uhr

Mehr Infos unter:
www.green.ch/home

green.ch
Internet made in Switzerland

Die Kohäsionsmilliarde soll in die AHV statt in die EU fließen

Die AHV ist das wichtigste Sozialwerk der Schweiz. Aufgrund der demographischen Entwicklung und der gestiegenen Lebenserwartung gilt es die AHV finanziell zu sichern. Aber nicht einseitig auf dem Buckel des Mittelstandes und der Jungen. Statt einer Sanierung durch neue Steuern und Abgaben soll eine Milliarde von der Entwicklungszusammenarbeit in die AHV umgeleitet und die Kohäsionsmilliarde statt an die EU in die AHV einbezahlt werden.

Kurz vor Beginn der Sommerferien hat SP-Bundesrat Alain Berset seinen brisanten Vorschlag zur AHV-Reform publik gemacht. Im Kern möchte er die AHV vor allem mit neuen Steuern – namentlich einer Mehrwertsteuererhöhung von 7.7 auf 8.4 Prozent – sanieren. Eine weitere Erhöhung der Steuern und Abgaben würde jedoch die Konkurrenzfähigkeit des Gewerbes und die Kaufkraft der Schweizerinnen und Schweizer weiter mindern. Bereits heute liegt die Schweizer Fiskalquote mit 41.7 Prozent deutlich über dem OECD-Schnitt. Zusammen mit den im Rahmen der Steuer- und AHV-Vorlage erhöhten Lohnabzügen würde gemäss Bersets Vorschlag die AHV einseitig auf dem Buckel des Mittelstandes und der jungen Generation saniert (siehe Graphik). Dies lehnt die SVP entschieden

ab. Stattdessen soll eine Milliarde von der Entwicklungszusammenarbeit in die AHV umgeleitet sowie die Kohäsionsmilliarde statt an die EU in die AHV einbezahlt werden.

Bersets Vorschläge kosten viel und führen zu einer Zweiklassengesellschaft

Weiter möchte Bundesrat Berset trotz der angespannten AHV-Finanzlage einen Teil der neuen AHV-Renten während einer gewissen Zeit (für die sogenannte „Übergangsgeneration“) erhöhen, was zusätzliche Mehrausgaben von etwa 700 Millionen Franken zur Folge hätte. Dieser Rentenzuschlag würde die finanzielle Situation der AHV noch weiter verschlechtern. Zudem würde er zu einer Zweiklassengesellschaft bei den AHV-Renten führen und man würde

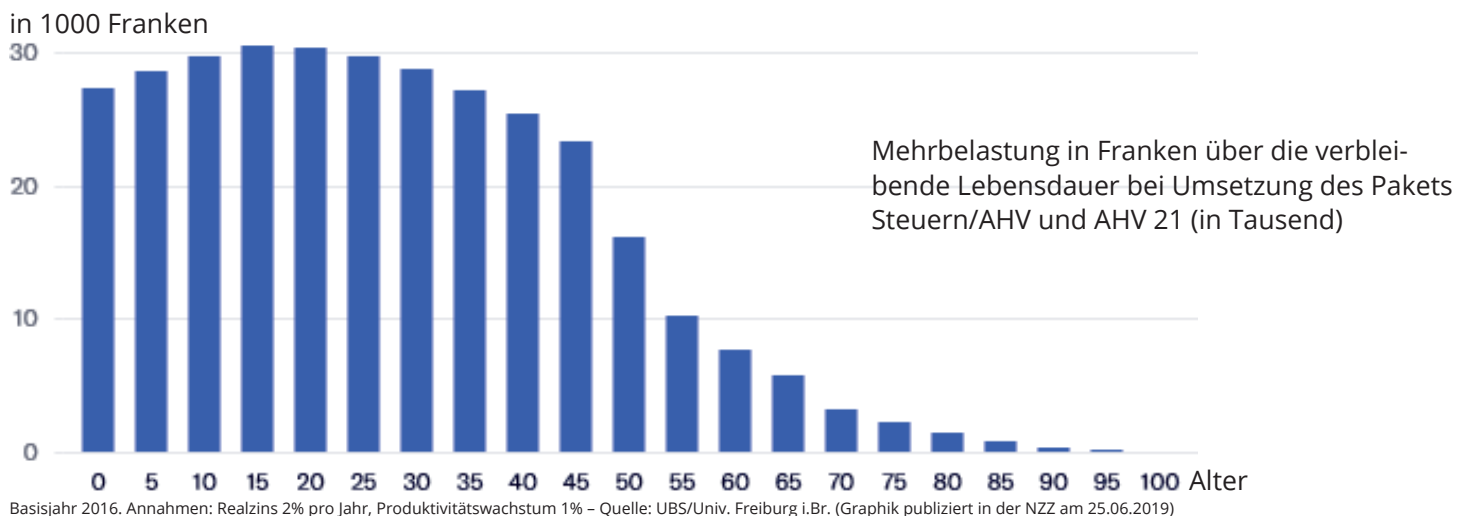
diesen neuen Zuschlag nie mehr wegbringen, auch wenn dies nun behauptet wird.

Schliesslich schlägt Alain Berset die Angleichung des Frauenrentenalters an jenes der Männer vor. Die SVP unterstützt Rentenalter 65/65 für Frauen und Männer, ist doch die Lebenserwartung innert kurzer Zeit stark gestiegen: Um die Jahrtausendwende lag sie bei 77 Jahren für Männer und bei 82,6 Jahren für Frauen; 2017 lag sie bereits bei 81,4 Jahren für Männer beziehungsweise bei 85,4 Jahren für Frauen.

Von Nationalrat
Thomas Aeschi
Baar (ZG)



Vor allem die Jungen zahlen



Berechnungen der UBS und der Universität Freiburg im Breisgau zeigen, dass die Mehrbelastung für die AHV-Finanzierung für 0 bis 40-jährigen total 25'000 bis 30'000 Franken pro Person beträgt. Dies, weil die Jüngeren via Steuern und Lohnabzüge noch viel länger zahlen müssen als Ältere und aufgrund der Tatsache, dass die AHV aus dem Gleichgewicht gekommen ist.

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«Ja zur Schweiz»

**Seit 40 Jahren
konsequent
gegen jede
EU-Einbindung
der Schweiz**

☐ **Ja, ich profitiere vom Jubiläums-Angebot**
Fr. 60.– statt 120.– bis Ende 2020

Name: _____

Vorname: _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____

Wenn Sie uns die Mail-Adresse mitteilen, erhält der/die Empfänger/-in automatisch allwöchentlich den Freitagsschweizerzeit «Brisant».

Talon einsenden an: Schweizerzeit, Postfach 54, 8416 Flaach;
per Mail an: info@schweizerzeit.ch oder telefonisch: 052 301 31 00

DFSK

Kleiner Allrounder für grosse Ansprüche



CHF 14'950.-*

Auch als 4x4 erhältlich!**
**manuell zuschaltbarer Allrad-
antrieb mit Reduktion

C35 Kasten

* Preis exkl. 7,7% MWST, UPE

WWW.DFSK.SWISS

DFSK
SWISS FINISH

**HIER KÖNNTE IHR
INSERAT STEHEN**

Für Informationen:
klartext@svp.ch

**HIER KÖNNTE IHR
INSERAT STEHEN**

**HIER KÖNNTE IHR
INSERAT STEHEN**

dietschi
PRINT&DESIGN OLTEN

MARKUS REZZONICO
SVP-Delegierter Kanton Solothurn
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

DIETSCHI PRINT&DESIGN AG

Ziegelfeldstrasse 60 4601 Olten T 062 205 75 75
www.dietschi-pd.ch

**HIER KÖNNTE
IHR INSERAT
STEHEN**

TICKET-VORVERKAUF
055 293 50 16
mariabildstein2019.ch



500 JAHRE MARIA BILDSTEIN

FREILICHTSPIELE BENKEN SG
2. AUGUST – 6. SEPTEMBER 2019

*Miriam und das
geheimnisvolle Medaillon*

RAIFFEISEN

Kanton St.Gallen
Kulturförderung

SWISSLOBS

kuju

ZürcherseeLind

Linth-Zeitung

OBERSEE-NACHRICHTEN

zürchersee

GOAL GLOSSAR

plakativ

plakativ

aus dem Niederl.; Ableitung von Plakat
bewusst herausgestellt; auffällig; sehr betont

Wir haben eines immer wieder bewiesen:
Unsere Plakate sind auffällig und ragen
heraus. Mit klarer Zielsetzung, einer gut
durchdachten Strategie und einer emotionalen
Umsetzung der Botschaft sind wir erfolgreich.

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

Bundesbern zerstört Schweizer Arbeitsplätze

Das Aussendepartement hat Strafanzeige gegen die Pilatus Flugzeugwerke erstattet. Das eigenmächtige Vorgehen der EDA-Beamten gefährdet den grössten Nidwaldner Arbeitgeber und den Schweizer Werkplatz insgesamt.



Es ist absurd, was die Beamten des Aussendepartementes im Fall Pilatus bieten.

Photo copyright : Albert Frank

Was ist nur los mit dem Bundesrat und seinen Beamten im Aussendepartement (EDA)? Das EDA zwingt die Pilatus Flugzeugwerke zum Rückzug aus verschiedenen arabischen Ländern. Das Departement unter Ignazio Cassis (FDP) hat zudem eine Anzeige gegen die Pilatus eingereicht wegen Verstoss gegen das «Söldnergesetz»...

Was hat die Pilatus «verbrochen»?

Sie hat Flugzeuge nach Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten geliefert – mit Bewilligung des Bundesrates. Dazu gehören auch technische Supportleistungen und Unterhaltsgarantien. Daraus will man nun den Pilatus Flugzeugwerken den Strick drehen.

Stellen Sie sich vor, ein Garagist darf ein Auto verkaufen, aber keinen Service leisten. Es wäre völlig logisch, dass sich der Kunde einen anderen Garagisten sucht. Mit ihrem Vorgehen gefährden die EDA-Beamten die

Existenz der Pilatus Flugzeugwerke. Wer kein Gesamtpaket inklusive Servicearbeiten anbieten kann, kann auch keine Flugzeuge liefern. Die Konkurrenz freut's.

Bundesrat Guy Parmelin steht zur Pilatus

Mit über 2000 Mitarbeitenden sind die Pilatus der wichtigste Arbeitgeber im Kanton und ein wichtiger Ausbilder von Fachkräften. Allein dieses Jahr konnte das Unternehmen 36 junge Frauen und Männer in 13 Berufen erfolgreich ausbilden. Und nun sollen diese Berufsleute plötzlich unter «Söldner»-Verdacht stehen?

Parlament wollte kein Anti-Pilatus-Gesetz

Es ist absurd, was das Aussendepartement EDA und seine Beamten bieten. Das Parlament hatte einem Söldnergesetz zugestimmt, das die Niederlassung von ausländischen Söldnerfirmen wie Blackwater in der

Schweiz verhindert – aber sicher keinem Anti-Pilatus-Gesetz! Das zeigt auch die Haltung des Wirtschaftsdepartement von Guy Parmelin (SVP): Dieses stellt sich klar hinter die vertraglichen Verpflichtungen der Pilatus Flugzeugwerke und anderer Exportfirmen. Ein Unternehmen braucht verlässliche politische Rahmenbedingungen – und nicht eigenmächtige Auslegungen von einzelnen Beamten.

Was ist zu tun?

Der Gesamtbundesrat muss diesen widersprüchlichen, für den Schweizer Werkplatz extrem schädlichen Entscheid des EDA umgehend korrigieren – und das Parlament muss Klarheit schaffen beim Söldnergesetz, um die EDA-Beamten zu stoppen.

Von Nationalrat
Peter Keller
Hergiswil (NW)



Parteifest und Wahlauftakt

Alle Gäste sind herzlich willkommen! 31. August 2019, Sattel (SZ)



ab 9h30	Feldmusik Sattel
10h30	Eröffnung mit der Schweizer Landeshymne
10h40	Begrüssung durch den Schwyzer Kantonalpräsidenten Roland Lutz
10h45	Auftakt mit Parteipräsident Albert Rösti
11h00	Vive la Suisse – Es lebe die Schweiz, Bundesrat Guy Parmelin
11h10	„Eidgenossen, hütet euch am Morgarten!“, alt Bundesrat Christoph Blocher
11h25	Freiheit und Sicherheit statt Gleichmacherei und Umverteilung, Thomas Aeschi, Fraktionspräsident
11h40	Aus Wohlstandsverblendung die Schweiz preisgeben, Nationalrat Roger Köppel
11h55	Heimat stärken - Schweiz bewahren, Nationalrat Marcel Dettling
12h05	Adrian Amstutz, Wahlkampfleiter und Oskar Freysinger, Wahlkampfleiter Westschweiz
12h15	Mittagspause
13h15	Musik für die Schweiz. Die Partyhelden
13h45	Bundespräsident Ueli Maurer
14h00	Der Freiheitsbund Nationalrätin Sandra Sollberger, Nationalrätin Céline Amaudruz, Nationalrat Marco Chiesa
14h15	Wahlversprechen aller Kandidatinnen und Kandidaten der nationalen Wahlen vom 20. Oktober 2019
14h45	Gemütlicher Ausklang mit den Partyhelden für die Schweiz, später Barbetrieb und Nachtessen mit der Jungen SVP Kanton Schwyz



Bestelltalon

Bitte senden Sie mir Gästekarte(n)!

Parteifest und Wahlauftakt vom Samstag, 31. August 2019 Sattel (SZ)

Name / Vorname

Strasse / Nr.

PLZ / Ort Kanton

Wir bitten Sie um Bestellung der Gästekarten bis spätestens Freitag, 23. August 2019.

Schweizerische Volkspartei SVP - Postfach, 3001 Bern / Tel. 031 / 300 58 58, Fax 031 / 300 58 59, E-Mail gs@svp.ch